

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

In weniger als zehn Jahren wird in Deutschland ein Umbruch stattfinden, der dieses Land in vieler Hinsicht verändern wird wie kein Ereignis in der Nachkriegsgeschichte. Denn in weniger als zehn Jahren wird der demografische Wandel seinen Preis fordern. Millionen von Babyboomern werden innerhalb einer Dekade vom Erwerbsleben in den Ruhestand wechseln. Diese Menschen befinden sich derzeit auf dem Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit als Sparer, Steuerzahler und Konsumenten.

Schon sehr bald wird das dramatisch anders sein. Sparer werden ihr Kapital verzehren, fallen für Investitionen also aus. Das Steueraufkommen wird stark sinken, der Konsum ebenfalls.

Mit anderen Worten: Es war und ist Aufgabe auch dieser Stadt, ihre Finanzen auf diese Situation vorzubereiten. Was bis dahin nicht geschafft sein wird, ist nicht mehr zu schaffen.

Wie haben die Verwaltung und der Stadtrat von Bergisch Gladbach die Stadt auf diesen Wandel vorbereitet?

Bis jetzt gar nicht.

Was ist hier und heute geplant?

Es ist geplant, die Schulden dieser Stadt in jedem Jahr, bis zum Ende der Wahlperiode, zu erhöhen.

Die Verantwortungsträger der Vergangenheit haben es geschafft, den Schuldenstand in Bergisch Gladbach auf über 400 Millionen Euro zu treiben. Bereits für das nächste Jahr ist ein weiterer Fehlbetrag von über 20 Millionen Euro geplant.

Gleichzeitig hören wir von derselben großen Koalition, die wir auch hier im Stadtrat haben, dass es Deutschland gut geht.

Hohe Beschäftigtenzahlen,

Steuereinnahmen in Rekordhöhe,

traumhaft niedrige Zinsen

- also traumhaft nicht für verantwortungsbewusste Sparer, sondern für die Brecher von Schuldenrekorden!

Das sind drei der wichtigsten Aspekte, weshalb es Deutschland so gut geht.

An Bergisch Gladbach aber geht das alles irgendwie spurlos vorbei. Je besser es Deutschland geht, desto stärker steigen hier die Schulden. Seit 2009 haben wir in Deutschland steigende Steuereinnahmen, dieses Jahr wahrscheinlich den dritten Rekord in Folge und hier vor Ort: Schulden und Fehlbeträge, immerhin ebenfalls auf Rekordniveau.

Das ist der Punkt, an dem die Bürger von Ihnen immer wieder zu hören bekommen: Land und Bund sind schuld. Die weisen uns Aufgaben zu, wollen aber nicht dafür bezahlen.

Frau Kraft kennt diesen Mechanismus auch und sagt: Der Bund sei schuld, der zahle nicht genug.

Aber dann müsste es ja einfach sein, denn der Bund hat ja Geld wie noch nie, denn Deutschland geht es schließlich so gut wie noch nie.

Also, meine Damen und Herren, warum fließt dieses Geld nicht zu den Kommunen? Deutschland geht es gut, fröhlich klingeln die Kassen, auch Bergisch Gladbach könnte davon etwas brauchen, nur kommt nichts

– woran hakt es?

Nun, Ihre Parteifreunde, liebe Große Koalition, hatten und haben nun einmal etwas anderes damit vor. Seit 2009 mögen wir einen Rekord nach den anderen bei den Steuereinnahmen feiern, aber die Kommunen kriegen das Geld deshalb noch lange nicht.

Bedauerlicherweise gibt es in der Eurozone nämlich über 18 Millionen Arbeitslose, und der daraus resultierende Schaden wird zum größten Teil von Deutschland bezahlt. Nicht zu Gunsten der betroffenen Menschen, dass dürfte sich herumgesprochen haben, sondern zu Gunsten der Banken, die den jeweiligen Staaten jahrelang Kredite hinterhergeworfen haben.

Man kann mit deutschem Steuergeld aber nicht gleichzeitig die internationale Bankenbranche satt kriegen und das stets gern zitierte Konnexitätsprinzip erfüllen.

Also, sagen wir es, wie es ist: In einer so genannten und bislang völlig fruchtlos gebliebenen „Eurorettung“ haben die Regierungsparteien der letzten Jahre satte dreistellige Milliardenbeträge versenkt. Mit bloß 135 Milliarden dieses Steuergeldes hätte man alle Kommunen Deutschlands entschulden können, statt seit Jahren Bankbilanzen trügerisch zu vergolden.

Das geschieht jedoch nicht. Und auf Parteitage fordern Sie das auch nicht, obwohl das der richtige Weg wäre, und Sie dort auch Mehrheiten organisieren könnten. Das versuchen Sie aber nicht einmal. Und deshalb spreche ich Ihnen den politischen Willen ab, für die wortreich gerühmte Konnexität und damit für Ihre Stadt wirklich zu kämpfen.

Verschonen Sie uns also bitte mit dem Hinweis, sie müssten zwangsweise die mangelnde Aufgabenfinanzierung akzeptieren.

Dass die Bundesregierung lieber europäisches Recht bricht, als in Deutschland Kommunen zu entschulden, ist allerdings nicht die ganze Wahrheit zur Aufklärung der Finanzlage hier vor Ort.

Denn ein nicht unerheblicher Teil der Probleme ist auch der Politik in Bergisch Gladbach selbst geschuldet.

So hatte unser Kämmerer in der Vergangenheit etwa deutlich davor gewarnt, unerwartete Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer durch eine Vernachlässigung der personalwirtschaftlichen Disziplin gleich wieder zu „verfrühstücken“.

Seine Warnungen wurden bekanntermaßen bereits von der vorangegangenen schwarz-gelben Koalition in den Wind geschrieben, was für viele nicht erst im Rückblick ein Fehler war.

Aber nach dem Motto „Fehler sind dazu da, um gemacht zu werden“, passiert heute in einer schwarz-roten Koalition Folgendes:

Nachdem die Kommunalaufsicht klargestellt hat, dass ein Haushaltssicherungskonzept kein Verschiebebahnhof ist, haben sich praktisch alle Planzahlen ganz offiziell in Wohlgefallen aufgelöst.

Um das kommen zu sehen, musste man übrigens kein Insider sein. Bereits zu Beginn dieses Jahres haben einige politisch interessierte Bürger im Rahmen eines politischen Stammtisches mit dem Bürgermeister und einem Mitarbeiter der Kämmerei unter Hinweis auf die Grundrechenarten zu bedenken gegeben, dass die Planung für die kommenden Jahre zu optimistisch sei.

Nun ja, das war im Vorfeld der Kommunalwahl, und da ist der Optimismus vielleicht grundsätzlich größer als der Realitätssinn, aber was ist heute?

Heute hätten Sie am liebsten Ihre Zahlen vom letzten Jahr diskret entsorgt und das Haushaltssicherungskonzept einfach mal verschoben. Das hat die Kommunalaufsicht aber nicht zugelassen.

Also biegen Sie alle Planungen so zurecht, dass Sie den Termin zumindest theoretisch halten, auch wenn wir überraschenderweise nicht permanent neue Rekordsteuereinnahmen haben, sondern „nur“ normale Jahre.

Aber wenigstens sehen Sie ein, dass Ihre Zahlen Makulatur sind.

Dementsprechend möchte nun die hiesige große Koalition in Anerkennung ihrer politischen Verantwortung und mit Beginn des nächsten Jahres endlich mit einer umfassenden Produktkritik beginnen.

Vorher aber sollen noch schnell rund zwanzig Stellen angebaut werden, frei nach dem Motto: Erst entscheiden, dann analysieren.

Das ist natürlich unlogisch, und deshalb lehnen wir das ab. In welchem Umfang Stellen zu schaffen sind, sollte natürlich NACH der Produktkritik entschieden werden. Das gleiche gilt übrigens grundsätzlich auch für eventuell geplante Beförderungen, oder wollen Sie die mehr als prekäre Lage noch irgendwie relativieren?

Meine Damen und Herren, noch ein ernstes Wort zum Abschluss, das Sie bitte nicht missverstehen.

Lassen Sie mich ganz kurz unsere Einstellung zum Thema Flüchtlinge klarstellen, soweit dies noch nötig ist.

Wir erwarten, dass die Politik in diesem Land den gesetzlichen und menschlichen Ansprüchen gerecht wird und dafür Sorge trägt, dass Flüchtlinge und Asylsuchende ihrem Schutzbedürfnis entsprechend Hilfe bekommen. Und zwar ohne Wenn und Aber.

Leider gibt es aber auch eine Reihe von Missbrauchsfällen beim Asyl. Dieser Missbrauch schadet übrigens nicht in erster Linie den Bürgern, sondern in erster Linie den „echten“ Flüchtlingen.

Hier erwarten wir nicht mehr und nicht weniger als ein klares Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit.

Das ist aber hier und heute nicht mein Punkt.

Mein Punkt ist folgender:

Im Zusammenhang mit den außerplanmäßig steigenden Kosten und dem Scheitern des HSK wurde und wird von verschiedenen Seiten immer wieder die Flüchtlingsthematik angeführt.

Aber: Auch wenn sie unerwartet kommen, ein paar hundert Flüchtlinge in einem Kalenderjahr würden für eine Großstadt keine Belastung darstellen, die als Argument herhalten könnte, um ein Haushaltssicherungskonzept aufzuweichen.

Denn finanziell praktisch ruiniert war unsere kleine Großstadt hier schon vorher.

Und mehr als 400 Millionen Euro Schulden haben ja auch nicht die Flüchtlinge mitgebracht, und die Auflagen eines Haushaltssicherungskonzeptes haben Sie auch nicht verursacht.

Wenn unser Wohlstand nach fast 70 Jahren Frieden und großen wirtschaftlichen Erfolgen nicht ausreicht, um in Bergisch Gladbach einer dreistelligen Anzahl von Flüchtlingen Schutz zu geben, ohne dass an die Kommunalaufsicht appelliert werden muss, dann läuft in der Politik etwas grundsätzlich falsch. Wahrscheinlich seit Jahrzehnten.

Wir wünschen uns, dass diese Probleme angegangen werden und nicht auf die Flüchtlinge verwiesen wird, wenn Haushaltsplanungen aus ganz anderen Gründen scheitern.

Wir sind uns sicher, dass es unabsichtlich geschieht, aber mit den Flüchtlingen als Ausrede werden Missverständnisse geschürt.

Meine Damen und Herren, im Namen der AfD-Fraktion darf ich allen Mitarbeitern der Verwaltung, allen Ratsmitgliedern und allen Gästen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr wünschen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.